

KPÖ - Beantwortung des Fragenkatalogs von Rettet die Mur

Frage 1: Sind Sie bzw. Ihre Partei für oder gegen die Errichtung der Mur-Staustufe in Graz? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Die KPÖ ist gegen die Errichtung der Staustufe in Puntigam, denn

- Das Murkraftwerk ist teuer und unwirtschaftlich. Sein Bau belastet das Stadtbudget über Jahrzehnte und beschert den StromkundInnen langfristig steigende Strom- und Netzkosten
- Wenn die Stadt das Geld in Kraftwerk und Speicherkanal zahlt, fehlt es anderswo, beim Öffi-Ausbau, beim Wohnbau, bei sozialen Leistungen.
- 16.000 Bäume müssen für Kraftwerk und Speicherkanal gefällt werden. Nur ein Bruchteil von ihnen wird auf städtischem Grund nachgepflanzt
- die Auswirkungen auf Luftqualität, Stadtklima und Grundwasser sind verheerend und irreversibel
- zahlreiche Tier- und Pflanzenarten an und in der Grazer Mur werden bedroht, ihre Lebensräume zerstört
- Das Kraftwerk produziert viel Strom zu Zeiten, wo wir ohnehin genug davon haben, aber sehr wenig, wenn wir Strom brauchen (z. B. im Winter). Es ersetzt daher keine Stromimporte.

Frage 2: Unterstützt Ihre Partei die Durchführung einer Volksbefragung zur Errichtung der Mur-Staustufe in Graz? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Mehr als 10.000 Grazerinnen und Grazer haben für eine Abstimmung über das Murkraftwerk unterschrieben. Auch die KPÖ ist der Meinung: Die Folgen für das gesamte Stadtbild und den Schuldenstand in Graz sind so massiv, dass man das Volk befragen muss! ÖVP, SPÖ und FPÖ verweigern aber die Durchführung einer Volksbefragung – zu Unrecht, wie ein Gutachten des Verfassungsjuristen Heinz Mayer belegt. Die Meinung der Grazerinnen und Grazer ist zu respektieren. Demokratie darf nicht mit Füßen getreten werden!

Frage 3: Sollte es zu einer Volksbefragung kommen und sich die Mehrheit der Grazerinnen und Grazer gegen die Errichtung der Mur-Staustufe in Graz aussprechen, wird Ihre Partei dieses Ergebnis als verbindlich anerkennen und im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Graz agieren?

Selbstverständlich sieht die KPÖ das Ergebnis einer Volksbefragung als verbindlich an. Alles andere wäre demokratiepolitisch genauso bedenklich wie die Weigerung, diese durchzuführen.

Frage 4: Die Energie Steiermark spricht von 700 Bäumen, die gefällt werden müssen. Eine im November 2016 vom Naturschutzbund durchgeführte Zählung kommt auf weit über 10.000 große Bäume, die gefällt werden müssten. Wie viele Bäume sind es aus Ihrer Sicht wirklich und was haben Sie getan bzw. was werden Sie tun um Fehlinformationen des Projektwerbers richtig zu stellen?

Wir sind dem Naturschutzbund dankbar dafür, dass er eine Zählung der Bäume durchgeführt hat. Die Präsentation des Ergebnisses hat diversen Spekulationen und Falschmeldungen über die tatsächliche Anzahl der Bäume ein Ende gesetzt. In ihren Medien, insbesondere im Grazer Stadtblatt, das sechsmal jährlich erscheint, sowie in den schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen ihrer Mandatarinnen und Mandatare weist die KPÖ immer wieder auf Missstände hin und setzt kursierenden Gerüchten Fakten entgegen.

Frage 5: Entsprechend einer im letzten Jahr von DI. Dr. Jürgen Neubarth erstellten Studie ist die geplante Mur-Staustufe in Graz im Vergleich zu 60 österreichischen Wasserkraftanlagen die teuerste und unwirtschaftlich. Bisher konnte die Energie Steiermark keine weiteren größeren Investoren finden, bzw. ist der Verbund als ursprünglicher Projektpartner aus dem Projekt ausgestiegen. Wie sieht die Position Ihrer Partei in diesem Zusammenhang aus?

Es ist bestimmt schwierig, die Wirtschaftlichkeit eines Projektes für viele Jahre im Voraus zu berechnen. Rückschlüsse über die Wirtschaftlichkeit können wir nur aus dem Verbund-Ausstieg sowie dem zögerlichen Verhalten der Wien Energie in diesem Zusammenhang anstellen.

Was wir aber sehr gut beurteilen können, ist die Belastung, die durch den Bau dieses Kraftwerkes für das Grazer Budget entsteht.

Es sind dies

- der 84 Mio. Euro teure Speicherkanal, der ohne Murkraftwerk nicht gebraucht wird, mit jährlichen Folgekosten von 500.000 Euro für den Betrieb
- die indirekte Beteiligung der Stadt über die Energie Graz. Letztere hat beschlossen, sich mit 12,5 % (derzeit 10 Mio.) an der Murkraftwerkserrichtungs-GmbH zu beteiligen
- der Verzicht auf eine 7-Mio.-Euro-Förderung des Landes Steiermark an die Stadt. Sie soll an die Kraftwerksbetreiber weitergereicht werden

Geld, das die Stadt Graz anderswo dringend benötigen würde (beim Öffi-Ausbau, beim Wohnbau, bei Sozialleistungen), wird durch dieses Projekt gebunden.

Frage 6: Die Energie Graz hat sich bereits am Projekt beteiligt. Unterstützen Sie die Einschaltung des Stadtrechnungshofes zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Es ist Aufgabe des Stadtrechnungshofes, sämtliche Großprojekte der Stadt Graz vor ihrer Realisierung zu prüfen. Im vergangenen Jahr hat der Stadtrechnungshof bereits eine Projektkontrolle zu den Begleitmaßnahmen zum Murkraftwerk Graz (zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung) durchgeführt. Bereits damals hat er sich in einigen Punkten kritisch zu diesem Projekt geäußert. Zwischenzeitlich haben sich allerdings die Rahmenbedingungen, insbesondere die geplante Finanzierung, für dieses Projekt geändert. Deshalb hat die KPÖ Anfang Jänner beim Stadtrechnungshof den Antrag eingereicht, dieses Projekt im Hinblick auf Zweckmäßigkeit, Soll- und Folgekosten, Finanzierung, Übereinstimmung mit Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Vorschriften sowie auf die Einhaltung der Prinzipien Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit erneut zu prüfen. Außerdem sollen die voraussichtlichen Auswirkungen auf das künftige Budget der Stadt Graz untersucht werden.

Für Beteiligungen der Stadt ist lediglich eine Gebarungskontrolle durch den Stadtrechnungshof vorgesehen. Die Stadt Graz hält 2 % an der Energie Graz, weitere Eigentümer sind die Holding Graz und die EStAG mit je 49 %.

Frage 7: Ist aus Ihrer Sicht die Stadt Graz auch ohne Mur-Staustufe verpflichtet den geplanten zentralen Speicherkanal zu errichten? Wenn ja, auf Basis welcher gesetzlichen Bestimmungen und wie hoch sind aus Ihrer Sicht die Kosten, die von der Stadt Graz dafür zu tragen sind und ist die Kläranlage Gössendorf bereits derzeit in der Lage die zusätzlich anfallenden Abwässer zu verarbeiten, bzw. welche zusätzlichen Kosten entstehen durch eine ev. erforderliche Erweiterung?

Eine gesetzliche Verpflichtung zum Bau des ZSK ohne Errichtung des Kraftwerkes besteht derzeit nicht. Bezüglich der zu verarbeitenden Abwässer wurde uns von der Geschäftsführung der Kläranlage Gössendorf mitgeteilt, dass die Abwässer ohnehin nur ab einem bestimmten Verschmutzungsgrad geklärt werden können, da die Reinigung mit den eingesetzten Bakterien darunter gar nicht möglich ist. Lt. Geschäftsführung wird die Kläranlage Gössendorf in den nächsten Jahren an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, aber durch die steigende Bevölkerungsanzahl und die dadurch zunehmende Schmutzfracht, nicht aber, weil die angelieferte Wassermenge steigt.

Frage 8: Vom Umweltministerium veröffentlichte Zahlen zur thermischen Sanierung zeigen, dass durch die Förderung der thermischen Sanierung bei gleichem Finanzmitteleinsatz ca. 3x so viel Energie eingespart werden kann, wie die Mur-Staustufe produziert und zusätzlich auch doppelt so viele Arbeitsplätze, speziell im regionalen KMU Bereich, geschaffen werden. Speziell in Graz gibt es noch sehr viel Potential im Bereich der thermischen Sanierung. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die für die Mur-Staustufe geplanten finanziellen Mittel für die thermische Sanierung und nicht für die Mur-Staustufe verwendet werden sollen? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Dort, wo sie Einfluss darauf nehmen kann, das ist im Zuständigkeitsbereich von Elke Kahr für die städtischen Gemeindewohnungen, unterstützt die KPÖ bereits jetzt Maßnahmen zur thermischen Sanierung. Die KPÖ wird auch in Zukunft sämtliche Schritte für mehr Energieeffizienz und Initiativen zum Energiesparen befürworten. Thermische Sanierungen sind hier nur ein Mittel von vielen. Auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs trägt dazu bei.